Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 10

Artikel: Verfehlte oder vernünftige Währungspolitik?
Autor: Mauderli, Roland
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347741

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pro und Kontra

Verfehlte oder vernünftige Währungspolitik?

Zu Tobias Kästli: «Polittourismus vor 60 Jahren» («Profil» 5/80)

In «Profil» 5/80 schrieb Tobias Kästli recht aufschlussreich über die Reise der beiden Freiwirtschafter Dr. Ernst Schneider und Fritz Schwarz nach München, unternommen, um im April 1919 dort den Finanzminister der ersten Bayrischen Räterepublik, Silvio Gesell, zu treffen. Leider kamen die beiden zu spät, denn bereits war Gesell von den Kommunisten abgesetzt und verhaftet worden. Sehr schade, denn da hätte sich Gelegenheit für ein Freigeld-Experiment geboten. Anschliessend schilderte Tobias Kästli die ablehnende Einstellung von Ernst Nobs und Robert Grimm zu den Freiwirtschaftern, jedoch mit dem Hinweis, dass inzwischen ganz im stillen doch einige freiwirtschaftliche Postulate übernommen wurden, besonders in bezug auf das Bodenrecht.

Aber auch in Währungsfragen wurden manche freiwirtschaftlichen Erkenntnisse aufgenommen. So antwortete Bundesrat Nobs am 20. März 1947 auf ein Postulat des Freiwirtschafters Spindler für «Sicherung der Vollbeschäftigung – Möglichste Stabilisierung der Kaufkraft des Frankens»: «Ich bin bereit, das Postulat entgegenzunehmen, weil die Zielsetzungen unbestritten sind. Der Wunsch, dass die Wirtschaft aller Länder auf einer gemeinsamen Kaufkraftparität arbeiten könnte, dass der Geldwert dabei möglichst stabil werden möchte, ist uns allen gemeinsam. Es ist gewiss ein Wunsch aller Volksschichten, es ist ein Wunsch aller Nationen.» (Ein Wunsch, der bis heute unerfüllt blieb!)

Um so unverständlicher war Nobs' Einstellung als Finanzminister in den Jahren 1950/51 bei der Behandlung der Kaufkraft-Initiative der Liberalsozialisten vor dem Parlament und am Radio vor der Volksabstimmung.

Diese Initiative, am 1. September 1949 mit 89 553 gültigen Unterschriften eingereicht, hatte folgenden Wortlaut:

«Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zum Zwecke der Vollbeschäftigung so zu regeln, dass die Kaufkraft des Schweizerfrankens, beziehungsweise der Lebenskostenindex, festbleibt. Der Bund erklärt die Banknoten und andere gleichartige Geldzeichen als gesetzliche Zahlungsmittel.»

In der bundesrätlichen Botschaft zur Kaufkraft-Initiative (datiert vom 21. April 1950), für die Finanzminister Nobs verantwortlich zeichnete, wurde unter anderem auch zur Wechselkursfrage Stellung genommen. Diese Botschaft prophezeite schlicht und einfach eine Katastrophe, falls man den Kurs nach freiwirtschaftlichem Vorschlag freigebe. (Pro memoria: Seit 23. Januar 1973 haben wir in der Schweiz flexible Wechselkurse. Die prophezeite Katastrophe ist ausgeblieben!)

Schon im Jahre 1866 (!) verlangte Karl Bürkli, der Altmeister der schweizerischen Sozialdemokratie, die Ersetzung der Goldwährung durch

eine Papierwährung. So schrieb er: «Solange das Volk in dem Wahne lebt, nur Gold und Silber können Geld oder Tauschmittel sein, solange es diesen Aberglauben hat – nun in Gottes Namen – solange wird das Volk dieses Vorurteil mit Zins und Wucher büssen müssen.»

95 Jahre später verteidigte dagegen der sozialdemokratische Bundesrat Nobs als Finanzminister eben diese Goldwährung und betätigte sich so als «roter Wächter» vor Mammons Toren.

Der Gerechtigkeit halber darf erwähnt werden, dass einige Sozialdemokraten das Volksbegehren unterstützt hatten. Ich erinnere mich dabei an die Nationalräte Agostinetti, Roth und Rubi sowie Ständerat Klaus. Um zu verhüten, dass diese bei der parlamentarischen Beratung «ausscherten», musste die Fraktion Stimmzwang beschliessen. Die sozialdemokratischen Befürworter mussten sich so der Stimme enthalten oder den Saal vor der Abstimmung verlassen. Nachdem der Bundesrat unter williger Mithilfe von Genosse Nobs die Kaufkraft-Initiative willkürlich und fälschlicherweise in «Freigeld-Initiative» umgetauft hatte, und dem Stimmbürger das «Gruseln» beigebracht hatte, verwunderte es nicht, dass die Initiative der Liberalsozialisten wuchtig verworfen wurde.

Robert Grimm schrieb schon 1921 in der «Tagwacht»: «Theorie und Erfahrungen bestätigen die Tatsache, dass ein funktioneller Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen besteht. Wer also die Macht hat, die umlaufende Geldmenge zu vergrössern oder zu verkleinern, hat demnach auch einen bedeutenden Einfluss auf den Gesamtablauf der Wirtschaft.» Im sozialdemokratischen Handbuch für die Nationalratswahlen 1935 kann man auf Seite 193 lesen: «Jedenfalls aber verlohnt es sich, in Würdigung der Gründe der Freiwirtschaftslehre und angesichts der Berge von Not und Elend, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung auf der ganzen Welt geschaffen hat, sich für die Durchführung der drei F (Freigeld, Freiland, Festwährung) sofort tatkräftig einzusetzen.» Im weiteren heisst es im Handbuch für den sozialdemokratischen Vertrauensmann vom Juli 1935 auf Seite 189: «Indessen ist die planmässige Währungspolitik ein wichtiger Bestandteil jener Wirtschaftspolitik, wie sie im Plane der Arbeit niedergelegt und formuliert wurde.»

Aus diesen Zitaten, die beliebig vermehrt werden könnten, geht hervor, wie führende Köpfe der SPS immer wieder auf die ausserordentliche Bedeutung der Währungspolitik hingewiesen haben. Insbesondere der wissenschaftliche Berater des Parteivorstandes der SPS, Professor Dr. Fritz Marbach, hat stets auf die Zusammenhänge zwischen Geldmenge, Währung, Preisstand usw. hingewiesen und einen Franken mit stabiler Kaufkraft gefordert. Aus genannten Gründen ist es von grösster Bedeutung, was für Persönlichkeiten an der Spitze unserer Notenbank stehen, welche für unsere Währungspolitik verantwortlich ist. In den amtierenden Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz Leutwiler, dürfen wir Vertrauen haben, hat er sich doch an der diesjährigen Generalversamm-

lung mit aller Deutlichkeit für die wichtigsten Forderungen der Freiwirtschafter (Liberalsozialisten) eingesetzt, nämlich feste Kaufkraft des Frankens und möglichst tiefe Zinssätze. Unterstützt wurde er dabei durch den SP-Vertreter und Präsidenten des Bankrates, Dr. E. Wyss, Basel. In seinen Ausführungen erklärte letzterer wörtlich: «Zu einer befriedigenden Wirtschaftsordnung gehört zweifellos auch ein stabiles Geldwesen. Die Stabilität des Geldes gibt zwar noch keine Gewähr für eine günstige Wirtschaftsentwicklung, sie ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür.»

Professor Schürmann passte vorzüglich in dieses Team. Leider hat er kürzlich seinen Rücktritt erklärt, und an seine Stelle wurde Dr. Markus Lusser (Direktor der Schweizerischen Bankiervereinigung) gewählt. Dieser ist so stark mit den eigennützigen Interessen der schweizerischen Bankwelt verknüpft, dass die SP sowie verschiedene Entwicklungsorganisationen mit Recht gegen diese Wahl protestiert haben. Es bleibt nun abzuwarten, ob er gewillt ist, die durch das Bundesgesetz in Art. 2 der Nationalbank gestellte Hauptaufgabe zu erfüllen, «*den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und eine den Gesamtinteressen dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen.*»

Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wiederum Kräfte am Werk sind, denen eine gesunde Wirtschaft und ein kaufkraftbeständiger Franken nicht genügend Spielraum lassen, um auch dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben.

Man muss sich angesichts der kritischen Lage, in der sich so viele Staaten befinden, fragen, weshalb bisher noch kein Finanzminister, keine Regierung und kein Parlament den Mut und die Kraft aufgebracht haben, den Staatshaushalt von Grund auf in Ordnung zu bringen. Alle bekennen sich zum Grundsatz, keine Ausgaben zu beschliessen, ohne die Einnahmen dafür gesichert zu haben, aber sie vergessen bei jeder Gelegenheit, an diesem Grundsatz festzuhalten. In dieser Beziehung Ordnung zu schaffen, ist Sache des Parlaments. Die geplagten Finanzminister, denen die schwierige Aufgabe obliegt, für Einnahmen zu sorgen zur Deckung der Defizite und zum Abbau der Schuldenberge sind nicht zu beneiden. Sie müssen sehen, wie sie das Geld dafür auftreiben können. An sie geht die Frage: Haben Sie sich noch nie überlegt, ob es nicht zweckmässig wäre, einmal dort Geld abzuschöpfen, wo es im Ueberfluss als überschüssige Reserve zurückgehalten wird, um einen höheren Zins zu erpressen? Es geht hier um ein grundsätzliches Problem von weltweiter Tragweite. Es geht um die Frage, ob eigentlich das Grosskapital und jene Leute und Familien, die wegen eines Fehlers in der Geldordnung zu übermässigem, nicht durch eigene Leistungen geschaffenem Reichtum und Machtpositionen gelangen, auch weiterhin die Welt regieren sollen? *Roland Mauderli*